

ZBW
Deutsche Zentralbibliothek
für Wirtschaftswissenschaften
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
www.zbw.eu

Signatur

B 15899

B 15899

Die
Bildung von Provinzialfonds

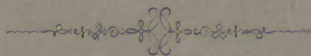
in Verbindung mit der

**Ablösung der Grund- und
Gebäudesteuer.**

Ein Vorschlag in Zahlen
mit vier Rentenplänen und einer vergleichenden Uebersicht

von

C. M. v. Murnh.



Rothenburg O.-L.
Kommissionsverlag von Hermann Ender.
1872.

Preis 7 1/2 Sgr., in Partien und für Vereine 4 Sgr.

ZBW
Deutsche Zentralbibliothek
für Wirtschaftswissenschaften

Die
Bildung von Provinzialfonds
in Verbindung mit
der **Ablösung der Grund- und
Gebäudesteuer.**

Ein Vorschlag in Zahlen
mit vier Rentenplänen und einer vergleichenden Uebersicht

von

C. M. v. Arnsh.



Rothenburg O.-L.
Kommissionsverlag von Hermann Ender.
1872.



V o r w o r t.

In Eile! Dies charakteristische Wort unsrer Tage schicke ich dem kleinen Entwurf voraus, der, eine Frucht langer Prüfung und plötzlicher Anregung, bestimmt war, schon dem diesjährigen Congress deutscher Landwirthe vorzuliegen. Man möge daher manche Fehler in Form und Inhalt übersehen, da sie nur eine Folge der Eile sind, die im Interesse der guten Sache selber nothwendig schien. Aber dem Inhalte selbst widme man die volle Aufmerksamkeit, die der Gegenstand verdient. Es ist kein Hirngespinnst, keine ideale Schwärmerei, was hier angeregt werden soll, sondern ein reeller durchführbarer Vorschlag wird geboten. Der Grundgedanke selbst ist nicht neu; schon zu mehreren Malen und von den verschiedensten Seiten her ist er aufgetaucht. Und nicht blos von Volkswirthen, landwirthschaftlichen und finanziellen Capacitäten sind Reime zu dem Vorschlag gesteckt, nein auch der schlichte Verstand eines Bauern, des Schweden Olaf Larson aus Rasta, hat den Gedanken zu Tage gebracht. Ein Zeichen, daß er zeitgemäß ist und nur noch der Zahlenlösung harret. Aber noch hat sich Niemand auf das Rechnen, Combiniren und Organisiren gelegt und doch documentirt sich so deutlich und auf allen Punkten die Nothwendigkeit, daß etwas in dieser Art geschehe. Deshalb eben — in Eile — zur Sache!

Ober-Lausitz, im Februar 1872.

Der Verfasser.

Einleitung.

Wir setzen als bekannt voraus, daß die Lage des Grundbesitzes auf dem Lande keine goldne ist. Aber mitten in dem wüsten Geschrei der Socialen nach sogenannter Staatshilfe laufen die Nothrufe des Grundbesitzes Gefahr, aus Unkenntniß oder Mißgunst in dieselbe Kategorie mit jenem geworfen zu werden. Deshalb setzen wir der agitatorischen Phrase die mathematische Zahl entgegen, müssen aber hier den Beweis der Thatsache, daß der Grundbesitz mit einer drei- und mehrfachen Belastung für öffentliche Interessen kämpft, als der Mobilienbesitz, den tüchtigen Kräften überlassen, die mit Zahlenbeweisen durchzudringen auf dem Wege sind.*)

Für den vorurtheilsfreien Beobachter zeigen sich jedoch die krankhaften Zustände deutlich genug in den veränderten Productionsverhältnissen, die zu einer Abnahme der ländlichen Production im Allgemeinen geführt haben. Dieselbe ist zwar bisher wenig bemerkt geblieben, auch scheint die Statistik an den Zersetzungsresultaten weniger Anreiz zu finden, als an dem vergnüglichen Nachweis rasch aufsteigender Zahlenreihen; aber das ändert die Thatsache nicht, daß im großen Ganzen der ländliche Wohlstand und die ländliche Bevölkerung abnimmt.

Der flüchtige Blick wird von dem üppigen Aufblühen einzelner Gegenden angezogen und so befangen, daß man nicht nach dem Ursprung forscht. Nun ist es aber eine auffällige Erscheinung, daß diese Gegenden scheinbarer wirthschaftlicher Blüthe stets solche sind, in denen geschützte Industriezweige, rasch emporgeschossen, wie Brennpunkte der Entwicklung gewirkt und eine Concentrirung der ländlichen Production nach sich gezogen haben, welche kaum mit der rapiden Bevölkerungszunahme Schritt zu halten vermag. Diese an und für sich erfreuliche Erscheinung könnte jedoch vom staatswirthschaftlichen Standpunkte aus nur dann eine gesunde genannt werden, wenn sie in einer positiven Verreicherung des Staates durch organischen Zuwachs bestände, wenn namentlich die Bevölkerungs-

*) siehe: Prof. Birnbaum, Niendorf u. A.

Zunahme durch organische Vermehrung und nicht durch Zuzug erfolgt wäre, also auf Kosten der Volksdichtigkeit anderer Gegenden. Denn nur mit der Bewohnerzahl hebt und senkt sich der Wohlstand, der Werth eines Landes. Für den Staat vermehrt sich durch das fieberhafte Aufglühen kleiner Districte auf Kosten des Ganzen die Summe der Steuer- und der Wehrkräfte ebenso wenig, wie durch das Anschwellen der großen auf Kosten der kleinen Städte. Oder ist etwa ein Mann, der in zehn Kasten je hundert Thaler barg, dann reicher geworden, wenn er alles in einen Kasten geschüttet und die übrigen unnütz gemacht hat?

Grade dasselbe geschieht aber, wenn die Bevölkerung eines Staates nach den Brennpunkten der zollgeschützten Industrie hin drängt, ohne Ersatz für diejenigen Staatsgebiete, die sie verlassen. Also nur ein krankhaftes Gravitiren der Werths- und Vermögensverhältnisse wird durch die herrschende Schutzzoll-Gesetzgebung herbeigeführt. Die Folgen davon sind einerseits die socialen Währungen an den Punkten, wo es nun zu enge wird, und andrerseits die Klagen über Arbeiter- und Kreditnoth, über Entwerthung und zunehmenden Steuerdruck auf dem andern Ende, wo es öde wird. Und in der That sind alle diese Klagen gerechtfertigt; nicht als ob die Steuern hinaufgeschraubt würden, nein! Die Basis der unverändert fortbestehenden Steuern entschwindet allmählig und sie werden in der Entwerthung um so drückender empfunden, je mehr sie den Charakter von Werthsteuern haben. Daher die Rufe des ländlichen Besitzes nach Verringerung oder Aufhebung grade der Grundsteuer, die sich nicht nach der Production, noch weniger nach dem Reinertrage richtet, sondern nach einer Vorstellung von absoluter Tragkraft bemessen ist, gleichviel ob dem Besitzer die Möglichkeit bleibt oder entschwindet, den Grund und Boden zu nutzen. Daher auch unser Bestreben, besonders die Grundsteuer abzuwälzen, und zwar im graden Gegensatz zu dem sinnlosen Verlangen nach Staatshilfe, durch ein Mittel, das den Namen Selbsthilfe im besten Sinne verdient.



Die Provinzialfonds

werden in letzter Zeit von allen Seiten als sicheres Förderungsmittel des öffentlichen Wohlstandes anerkannt. Nicht nur der Staat, auch das private Interesse der Bevölkerung ersehnt ihre Bildung. Das Aufleben des Verkehrs da, wo es noch aufzuschließen und zu heben giebt, wird mit allen Mitteln begünstigt, aber an Mitteln zur Begründung von Provinzialfonds hat es bis jetzt gefehlt, wenigstens an hinreichenden und zweckentsprechenden, um dem selfgovernment eine Grundlage zu geben.

Provinzialfonds sollen den Zweck haben, durch direktere Verwaltung und reale Hilfe die öffentlichen Interessen innerhalb ihres Gebietes zu fördern. Dahin gehören in erster Linie die Verkehrsinteressen, also die Anlage und Unterhaltung von Straßen, Chaussees, Brücken, Canälen etc.; demnächst die Subventionen der Institute für Unterricht, Gesundheitspflege und Wohlthätigkeit; endlich die Hebung der gemeinnützigen Anstalten, die im staatlichen Interesse nicht ausschließlich unterhalten werden können, wie Landgestüte, chemische Stationen für Gewerbe und Landwirthschaft etc. etc. Kurz, die Zahl der Dinge, denen eine Unterstützung im Interesse der Provinz wie des Staates nothwendig wäre, ist so groß, daß es zu voller Befriedigung der Bedürfnisse enormer Summen bedürfte. Gewöhnlich wird die Summe rund auf zehn Millionen veranschlagt, aber diese Forderung, so übertrieben sie scheint, ist doch nur ein Minimum. Die Bestätigung hierfür bietet Hannover, welches sich in der beneidenswerthen Lage befindet, alljährlich nicht bloß eine halbe Million aus Staatsmitteln, sondern auch die vollen Einnahmen einiger Klosterfonds zur Hebung seiner ausschließlichen Interessen verwenden zu können; Summen, welche als Zinsen betrachtet ein fast doppeltes Capital voraussetzen als jenes Minimum. Und dennoch ist es begreiflich, daß man mit den dort vorhandenen Mitteln nur den kleineren Theil der gerechtfertigsten Wünsche befriedigen kann. Der Nutzen ist zwar schon jetzt ein so augenscheinlicher, daß es binnen kurzem in Hannover z. B. keine unbefestigten Wege mehr geben wird, aber die vierfachen Mittel würden sicherlich noch ebenso ersprießliche Verwendung finden, wie die jetzt gebotenen.

Es ist das ein deutlicher Beweis, daß die Höhe eines Provinzialfonds nur Gegenstand einer secundären Frage sein kann, während der Nutzen auch in dem Falle unverkennbar bleibt, daß der anfängliche Bestand des Fonds geringer als zehn Millionen für jede Provinz wäre. Die Schwierigkeit, den Anfang zu schaffen, bleibt auch hierin die Hauptsache; nur, daß sie sich jetzt für den seiner Natur nach dazu berufenen Staat verdoppelt hat. Denn der Maßstab, den das Präcedenz von Hannover nun bietet, würde der Staatsregierung die Zumuthung aufbürden lassen, die zehn übrigen Provinzen ebenfalls mit 10—15 Millionen zu dotiren, also eine runde Summe von 150 Millionen aufzubringen und — aus der Hand zu geben! Jeder Vorschlag, der anfänglich eine geringere Dotirung bietet, kann daher unmöglich vom Staate ausgehen, wohl aber von ihm auf das Bereitwilligste angenommen werden. In diesem Falle würde auch die Zusage einer Unterstützung, sobald Geld und Gelegenheit dazu sich findet, nicht ausbleiben, ebenso diese selbst nicht lange auf sich warten lassen. Soll dagegen gewartet werden, bis jene enorme Summe auf einmal verfügbar wird, so würde es mit der Bildung von Provinzialfonds noch gute Wege haben.

Die schon so oft vorgeschlagene Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Provinzen würde einerseits gar keine Fonds schaffen, sondern nur diese Steuern um so unentbehrlicher machen und in Permanenz erklären. Andererseits würde dieser Weg ziemlich zwecklos sein. Man kann dem Staate nicht zumuthen, plötzlich eine Steuerquelle von 13 Millionen jährlich versiegen zu lassen ohne Aequivalent dafür. Dieses könnte dann nur in der entsprechenden Ueberweisung von ebenso viel Staatsausgaben an die Provinzen gefunden werden, was gleichbedeutend damit ist, daß nur die Namen sich ändern, die Sache aber ganz so bleibt, wie sie gewesen ist. Wahrer Nutzen von den Provinzialfonds ist doch erst dann zu erwarten, wenn sie in die Lage gesetzt sind, mehr für ihre Bezirksinteressen zu verwenden, als es jetzt der Staat vermag. Woher aber das nöthige Geld nehmen? Meistens beantwortet eine schüchterne Hinweisung auf Kriegsentschädigungs-Gelder diese Frage. Aber die Trauben sind erstens noch sehr sauer, und zweitens doch schon so viel begehrt, daß darauf weit weniger zu rechnen sein wird, als auf den jetzt in

Wirklichkeit günstigen Stand der Staatsfinanzen. Weit eher wird dieser zu einer Verbesserung der Staatslage führen; er kann also auch eine Verminderung der Steueraufgaben, vielleicht der Grundsteuer, ermöglichen, wenn auch bei weitem keine Provinzialdotirungen, am wenigsten in hannöverschem Maßstabe.

Sollten sich nun Wege finden lassen, die neben der Bildung von Provinzialfonds auch auf eine Verminderung, vielleicht gar eine Beseitigung der Grundsteuer hinzielen, so würden diese um so sicherern Eingang finden, je einfacher und rascher damit jener Zweck erreicht wird. Ebenso würde die Verminderung derselben Steuer in ganz demselben Maße thunlicher werden, je größer und sicherer die Bildung jener Fonds gewährleistet wäre, weil dies für den Staat gleichbedeutend mit einer Ersparung an Dotation und einer ihm nützlichen und doch kostenlosen Melioration wäre. Kann also durch anderweite Initiative jenes Problem gelöst werden, so wird der Schluß nicht falsch sein, daß der Staat gern mindestens ein Drittel der Grundsteuer-Eintrade einbüßen würde. Hat er doch die sicherste Aussicht, daß die Provinzialfonds bald zu einer Hebung des steuereinkommenden Verkehrs verhelfen werden, welche den Ausfall einiger Jahre bald mehr als ersetzen können. Würde der Staat nicht auch viel darum geben, da Chaussées entstehen zu sehen, wo jetzt einen Theil des Jahres kein Landmann fahren, geschweige denn eine Armee marschiren kann? Schon von diesem Gesichtspunkt aus gäbe der Staat gern jeder Provinz zehn Millionen und entbehrte diese 110 Millionen, wenn er sie nur zu vergeben hätte. Ebenso gern könnte er aber einen Theil der Grundsteuer entbehren, wenn ihm dafür der Vortheil geboten würde, daß jede Provinz über einige Millionen zu verfügen hätte. Da nun die edle Kunst, Millionen zu produciren, auf dem realen Wege der Sparsamkeit nicht plötzlich wirkt, so kann man weder das plötzliche Hervorzaubern der Provinzialfonds, noch das unvorbereitete Aufgeben einer Steuereinnahme erwarten, sondern muß zufrieden damit sein, beides angebahnt und in wenigen Jahrzehnten erreicht zu sehen. Wer die Umwandlung mit jähem Sprunge verlangt, der verwende keine Mühe, uns weiter zu folgen; denn wir predigen Selbsthilfe und die wirkt zwar ganz sicher, aber langsam, ebenso wie das Sparen zwar langsamer, aber doch nachhaltiger gegen Hunger schützt, als das Stricken.

In Kürze sei nun noch darauf hingewiesen, daß diejenigen, welche die Ueberweisung der Grundsteuer an die Provinzen so kurzweg als genügende Lösung der Frage betrachten, einen sehr wichtigen Punkt unerwähnt lassen. Bekanntlich zahlt eine Provinz mehr Grundsteuer, als die andere, und zwar zahlen diejenigen die größte Summe, in denen von Alters her eine höhere Bodencultur sich vorfand, welche wiederum größeren Wohlstand und ein wirksameres Gemeinwesen im Gefolge hatte. In diesen Provinzen wird das Bedürfniß nach der Hilfe durch Provinzialfonds weit weniger empfunden, als in denen, die nur durch solche Hilfe in jenen Culturzustand zu gelangen Aussicht haben, und die um so dringender dieser Hilfe bedürfen, je mehr auf ihre Kosten die andern sich dichter bevölkern. Es sind also gerade die Nothstands-Distrikte und die Stief-Gegenden, die der Fondswohlthat entgegen harren und zwar mit Recht; denn in der sich entvölkernden Provinz Preußen ist es z. B. ebenso wenig Schuld der Grundbesitzer, wenn ihr Besitz sich allmählig entwerthet, wie es das Verdienst derjenigen in Sachsen und den Rüben Gegenden ist, wenn mittelst der geschützten Zuckerindustrie der Werth des Bodens nicht nur, sondern auch dessen Ertrag sprunghaft gestiegen ist. Weder das Capital noch die Arbeitskraft würden ihnen so ohne großes Zuthun entgegenströmen, wenn ihre Einnahmen sich um einen Theil der Schutzollbeträge niedriger gestalteten.

Demnach hieße es, die bestehenden Mißverhältnisse nicht ausgleichen, sondern potenziren, wenn man jeder Provinz ihre Grundsteuer überlassen und die Armen mit ärmlichen, die Wohlhabenden mit reichen Mitteln unterstützen wollte. Vielmehr mag hierin eine werthvolle Gelegenheit zur Ausgleichung gefunden werden, mit welcher die Industrie-Gegenden einen Theil ihres unbeabsichtigten Raubes an die Gegenden zurückzahlen, in denen alle Vorbedingungen zu industrieller Entwicklung fehlen oder künstlich ferngehalten sind.

Für uns kann demnach kein Zweifel darüber obwalten, daß, insoweit auch wir die Grundsteuer den Provinzen zuwenden wollen, eine mindestens ganz gleiche Vertheilung stattfinden müsse. Die Provinzialfonds werden ohnehin nie reich genug sein, um die provinziellen Interessen so zu sagen durch Geschenke zu heben, sie werden vielmehr zu erhöhten Anforderungen an die Kräfte der

Bewohner Anlaß geben. Kein Provinzialfonds wird zum Beispiel einer Gemeinde das Geschenk einer neuen Kirche oder Schule machen, es wird auch keiner einem armen Kreise eine Chaussee schenken; sondern nur subventioniren, Bauprämien und Beihilfen versprechen werden sie, vermöge deren die B.wohner zu Ausgeben angeregt, ja gedrängt werden, welche andernfalls noch unterblieben wären. Die Provinzialfonds sind also Danaidengeschenke für solche Districte, wo die Mittellosigkeit schon zur Calamität geworden ist.

Trotzdem wird der Grundbesitz ausnehmendlos und eifrig für die Fonds eintreten, wenn er das Aequivalent dafür in der Besserung seiner Lage zu finden hoffen darf. Er wird aber aus seiner schmalen Tasche auch noch Opfer bringen, wenn er damit die Last der Grundsteuer allmählig beseitigen kann, und daß dieses Ziel gerade mit der Bildung von Provinzialfonds gleichzeitig erreicht werden kann, denken wir mit Zahlen zu beweisen.

Die Grundsteuer.*)

Ihrer Natur nach ist diese Steuer die verkörperte Consequenz der Theorie von der Grundrente, d. h. von dem Urwerthe des Erdbodens. Es ist nicht hier unsere Aufgabe, dies Urding darzuthun, denn das ist schon gar zu oft geschehen. Das Wenige, was an diesem Hirngespinnst noch lebt, ist die leider in einer gewissen Klasse von Köpfen noch vererbte Anschauung, „daß dem Landmann doch Alles nur so zuwachse.“ Ein Ausfluß eben dieses Mangels an Anschauung war es, daß man noch vor einer Spanne Zeit den Rentencharakter der Grundsteuer in's Treffen führte, daran das Zugeständniß einer Capitalentschädigung principshalber knüpfte und mit diesem Köder die neue Grundsteuer erkirrte. Diesen Hergang zu kritisiren, ist weder die Absicht noch Raum hier vorhanden, und dennoch ist er hochwichtig. Er liefert den Beweis, daß eine Steuer, die unter Capitalzahlung als Rente anferlegt

*) Wir erwähnen nur des kürzeren Ausdrucks wegen immer die Grundsteuer, obgleich wir stets die Grund- und Gebäudesteuer, wie sie nothwendig zusammengehören, auch zusammen meinen.

werden mußte, jedenfalls mittelst Capitalrückzahlung auch ablösbar sein sollte. Wenn man also mit dieser Absicht umgeht, kommt es nur noch darauf an, die Genehmigung des Berechtigten dazu zu erlangen und das ist in diesem Falle der Staat selber.

Da es sich nun so günstig trifft, daß der Staat einen Wunsch hat, zu dessen Erfüllung er nicht recht Mittel findet, wie oben gezeigt, während der Grundbesitz den ebenso dringlichen Wunsch der Grundsteuerablösung hegt, wodurch er mehr als die erforderlichen Mittel aufbringen kann, so ist ein beiderseitiges Entgegenkommen sehr natürlich, wenn für das Wie? durch befriedigende Organisation gesorgt wird. Selbstverständlich gehen so tiefgreifende Operationen nicht ohne Opfer ab, aber, wenn diese beiderseitig und von je genügenden Aequivalenten begleitet sind, steht vernünftigerweise nichts dem im Wege, daß beiden Theilen geholfen werde.

Dem Staate wird durch die Errichtung von Provinzialfonds durch andere Mittel, als eine Baardotation seinerseits, nicht bloß eine Ersparung in sekunden Umfange bereitet, sondern ihm auch der wesentliche Dienst geleistet, daß ein grade für seine Zwecke vortreffliches Institut ohne seine Anstrengung in Wirksamkeit tritt. Dem Grundbesitz ist dagegen so viel an der Grundsteuerbeseitigung gelegen, daß er sich entschließen wird, compromißweise selbst mit Opfern auf jenes Ziel hinzuarbeiten. Es verringert dabei den Werth weder seines Opfers noch des eingeschlagenen Weges, wenn nach dem hier Folgenden seine augenblickliche Lage nicht noch mehr beschwert wird, vielmehr gewinnt dabei der Vorgang selbst an sicherer Durchführbarkeit. Es wird nämlich nur einige Zeit des freiwilligen Verharrens in der jetzigen Lage bedürfen, um die Gegenleistung für die vom Staate verlangten Zugeständnisse zu verkörpern.

Diese Actoren bestehen: 1) aus der Genehmigung der ganzen Operation, 2) aus der Uebernahme eines nicht dauernden Verlustes eines Theiles der jetzigen Grundsteuer, und zu diesem Postulat gelangen wir folgendermaßen: Angenommen, die Grundsteuer sei mit dem Vielfachen ihres jährlichen Betrages in solchen Werthzeichen abgelöst, die mit der marktgängigen Verzinsung eines sicheren Papiers ausgestattet sind, so muß eine um so größere Verminderung der Zinsen gegen die Steuer-Einnahme stattfinden, je weiter der Zinsfuß, welcher die Ablösungsbasis bildete, sich von

demjenigen der Jahresverzinsung entfernt. Wenn z. B. mit dem $16\frac{2}{3}$ -fachen Capital d. h. nach dem 6prozentigen Zinsfuße abgelöst wäre und der Ablösungsbetrag nur 4 Prozent Zinsen brächte, so würden grade 2 Prozent weniger an Jahreseinnahme zu Gebote stehen oder mit andern Worten: Der Berechtigte hätte durch diese Ablösung ein Drittel seiner früheren Einnahme eingebüßt. Vollendet sich dagegen die Ablösung nach dem 5prozentigen Zinsfuße zum 20fachen Betrage, wovon nur $3\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen zu erwarten sind, so beträgt die Einbuße weniger; bei 15facher Ablösung mit $4\frac{1}{2}$ Prozent Zinsausichten beträgt sie etwas mehr, als ein Drittel.

Wenn aber der Berechtigte sich zu diesem scheinbaren Verluste verstanden hat, so weiß er auch, weshalb er es gethan und vielleicht sehr gern gethan hat. Er betrachtet dann den Verlust als den Kaufpreis für die Verfügbarkeit eines Capitals, welches bis dahin als solches unzugänglich war; auch liegt es in seinem freien Entschlusse, jenem Verluste ausweichen zu können, wenn er es nicht vortheilhafter findet, unter fortdauerndem Zinsgenuß das Capital stets disponibel zur Hand zu haben. Er kann aber, sobald er will, einen beliebigen Theil des Capitals zu einer nützlicheren oder nothwendigen Anlage verwenden. Dieser Vortheil der Disponibilität ist so bedeutend, daß sogar ein geringerer Capitalbetrag zufrieden stellen kann, wenn er vor einem unverzinslichen, in der Verwendung beschränkten Schatze sich durch Verzinsung und unbeschränkte Verwendbarkeit auszeichnet. Also wird jeder Berechtigte mit einem um so geringeren Ablösungsbetrag zufrieden sein, in je höherm Grade ihm jene Vortheile gewährleistet werden.

Einen recht handgreiflichen Beweis hierfür bietet wieder der Vorgang bei Auferlegung der neuen Grundsteuer, die der Grundbesitz geduldig hinnahm, weil er ja Entschädigungscapital dafür erhielt, zwar nur das 10—13fache und auch das erst nach Jahren, aber baar ausgezahlt. Möglich, daß hierzu das Geldbedürfniß der Landwirthe viel beitrug, aber mindestens das gleiche Bedürfniß herrscht in allen, auch den wohlgeordneten Staatsfinanzen. Es läßt sich also, die Solidität des Ablösungs-Mittels vorausgesetzt, gar nicht denken, daß ein Berechtigter einer solchen Ablösung widerstreben sollte, welche ihm neben $\frac{2}{3}$ der frühern Einnahme nicht nur Capital disponibel macht, sondern auch ihm eine Ausgabe in gleicher Höhe erspart. In ganz dieselbe Lage wird aber

der Staat durch unsern Vorschlag versetzt, ihm durch die Ablösung der Grundsteuer ein colossales Capital zu liefern und die Genehmigung dazu noch obenein durch die Herstellung von Provinzialfonds zu erkaufen.

Die Organisation der Ablösung.

Die ganze jährliche Grundsteuer beträgt 13,050,000 Thaler. Um jedoch nicht mit den riesigen Gesamtsummen die Uebersichtlichkeit zu erschweren, rechnen wir mit einem Bruchtheil und wählen aus den oben angeführten Gründen $\frac{1}{11}$, um dem Umfange der Zahlen für eine Provinz möglichst nahe zu kommen. Danach beträgt unsre Grundsteuereinheit 1,195,555 Thaler in abgerundeter Summe, da die Silbergroschen füglich fortgelassen werden können.

Die erste Aufgabe ist nun die, den Ablösungs-Faktor zu finden, der eine Einigung möglich macht. Als Resultat längerer Rechnungen fanden wir ganz unerwarteter Weise den Faktor 15 als den sowohl für den Staat wie für den Grundbesitz zuträglichsten. Warum? werden die angehängten Rentenpläne und ohne alle Erläuterung namentlich die vergleichende Uebersicht verständlich machen. In letzterer finden sich die Modificationen vom 15= bis zum 20fachen Ablösungsbetrage zusammengestellt und der Umstand, daß der 15fache A. fast ganz dieselben Zahlenreihen im Gefolge hat, wie der 16 $\frac{2}{3}$ fache B., dagegen ziemlich 4 Millionen weniger Kosten verursacht, kann die Wahl nicht zweifelhaft machen.

Der 15fache Grundsteuerbetrag per Provinz ergiebt 17,933,300 Thaler. Da der Grundbesitz selbstredend nur in vereinzelten Fällen zur Baarablösung befähigt ist, nehmen wir an, die Ausfertigung dieses Betrages in Staats-Grundrenten-Briefen sei erfolgt, dagegen bis jetzt nichts an der Verpflichtung, Grundsteuer zu zahlen, geändert. Diese Werthzeichen würden also durch die jährliche Grundsteuerintrade eine unanfechtbare Zinsensicherheit besitzen, vorausgesetzt natürlich, daß die Grundsteuer ihren prioritätlichen Charakter behielte und eben zur Zinszahlung benutzt würde. Auf dieser Basis ist eine Verzinsung von 4 $\frac{1}{2}$ Prozent mehr als genügend.

Bei 15facher Ablösung repräsentirt nun die einmalige Steuerzahlung $6\frac{2}{3}$ Prozent des Capitals. Werden dagegen jährlich nur $4\frac{1}{2}$ Prozent zur Verzinsung gebraucht, so können $2\frac{1}{6}$ Prozent zur Amortisation verwendet werden. Der Vortheil davon ist klar. Ebenso bekannt und oft angewendet ist der Vortheil, den man durch Zins auf Zins-Ansammlung dieser Amortisationsraten erlangt, zumal wenn der wachsende Bestand alljährlich die gleiche Zufuhr von Tilgungseinzahlungen erfährt. Der Vortheil wird aber wesentlich erhöht, wenn der Beginn der Tilgungsauszahlung zur Befriedigung der Gläubiger hinausgeschoben werden darf, und die Tilgungsperiode wird dann um so weniger Zeit erfordern, je länger mit ihrem Anfang gezögert werden darf. In unserm Falle kommt es nun zwar auf sichere, nicht aber auf besonders beschleunigte Tilgung an. Nichtsdestoweniger können wir uns jenen Vortheil anderweitig dienstbar machen. Wenn nämlich jedes Jahr $2\frac{1}{6}$ Prozent des Capitals getilgt werden können, so würde mit Beginn des 47. Jahres die letzte Rate zur Einlösung gelangen, und das ist für staatlich gesicherte Operationen keine zu lange, also die normale Frist. Wird die Tilgung aber erst im 13. Jahre begonnen, so haben sich die zwölf vorhergegangenen Einzahlungen Zins auf Zins zu einem so beträchtlichen Fonds angesammelt, daß dessen Zinsen nun eine entsprechende Erweiterung der Tilgungsraten gestatten. Das Capital selbst aber wird erübrigt und kann zum Eigenthum der Provinz erklärt werden.

Unser Beispiel von 17,933,300 Thlr. Rentencapital erfordert zu $4\frac{1}{2}$ Prozent jährlich eine Zinszahlung von 807,000 Thlr., nach deren Abzug von der einjährigen Grundsteuerzahlung noch 388,555 Thlr. disponibel bleiben. Diese sind nach 12 Jahren (siehe Plan A.) mit Zins auf Zins zu einem Capital von über sechs Millionen angesammelt, welches circa 270,000 Thlr. Jahreszinsen liefert. Dieselbe Amortisationsrate fließt aber noch alljährlich ein, so daß mit dieser und der Hülfe der Fondszinsen die Tilgung nunmehr in 27 Jahren vollendet werden könnte, wenn es darauf angelegt würde. Ebenso könnte auch, wenn die Zins auf Zins-Ansammlung dem Ablösenden, wie bei anderen Rentenbriefen, oder dem Schuldner wie bei den Pfandbrief-Instituten zu gute käme, die ganze Grundsteuerzahlung durch jenes Mittel bald beseitigt sein. Aber grade in dem Verzicht auf jeden Zins zu Gunsten der Bildung

von Provinzialfonds soll das Opfer liegen, was der Grundbesitz zu dem Zwecke bringt, sich die Genehmigung des Staates zu der Ablösung zu erwirken. Er hat keine direkten Ansprüche darauf und müßte daher, wenn es nicht im Vortheile des Staates läge, ihn zu entlasten, noch besondere Genehmigung zur Amortisation erwirken, nachdem die Ablösbarkeit der Steuer ihm zugestanden worden. Indem er also die allmähliche Tilgung seiner Verpflichtung durch einfache Ratenzahlungen ohne Zinsanrechnung bewirkt, erreicht er die Beseitigung der Steuer ohne Mehrbelastung und dies Resultat kostet ihm nur dasselbe, als wenn er zu einer direkten Baarablösung das benötigte Geld zu mäßigen Bedingungen geborgt hätte. Der Vortheil, der ihm an den anfänglichen Zinsen seiner Amortisationsraten verloren geht, wird endlich zum Theil dadurch wieder zurückerlangt, daß er an der rascheren Verminderung der Rentenzinsen theilnimmt.

Wenn nun der angesammelte Fonds — „Amortisationsfonds“ — weder Eigenthum des Berechtigten noch des Verpflichteten in der Ablösung sein soll, so ist er eben disponibel, um später zum Bestandtheile des erstrebten Provinzialfonds erklärt zu werden. Das würde jedoch erst spät nützen, da seine Zinsen völlig von den Tilgungsraten absorbiert werden. Deswegen wurde bereits nachgewiesen, daß die Zinsen und die jährlichen Amortisationsraten zusammen mehr betragen, als zu einer naturgemäßen je 2½ Prozent des Capitals betragenden Tilgung erforderlich ist, und zwar beläuft sich dieses Mehr schon auf 131,493 Thaler jährlich. Diese Summe wird nur durch die zwölfjährige Ansammlung des Amortisationsfonds vom 13. Jahre ab verwendbar, natürlich für Provinzialzwecke, wie ja nach beendeter Tilgung der ganze Fonds ihnen zugewendet werden soll; und wenn diese Mittel auch noch ein Tropfen auf den Stein sind, so läßt sich doch mit den Zinsen von fast 3 Millionen schon viel subventioniren, heben, helfen und bessern, zumal später die vollen Zinsen des Fonds für gleiche Zwecke disponibel werden.

Die bis jetzt nachgewiesenen Mittel der Provinzialfonds haben lediglich ihren Ursprung aus der Tasche des Grundbesitzes; es sind Spareinzahlungen und geschenkte, ersparte Zinsen, die er aufgebracht hat. Es ist daher nicht mehr wie billig, daß auch seitens des

Staates insoweit entgegengekommen wird, als ihm durch die Ablösungsoperation Gelegenheit zu kostenloser Hilfe gegeben wird, wenigstens zu solcher Beisteuer, die keine anderweitig erst zu beschaffenden Mittel beansprucht. Was liegt also näher, als ihn zur Befassung eines Theils der Ablösungs=Capitalien zu bestimmen? Nun wird Mancher Anstoß nehmen, wie auch wir es anfangs thaten, bei einer nur 15fachen Ablösung noch Abzüge zu stipuliren; „eher ginge das bei einer 20fachen“. Wir halten die Tabellen entgegen und zeigen daraus, daß die Ablösung mit hohen Faktoren nur Scheinvortheile bringt, wenn man eben gezwungen ist, Cours=papiere in Anwendung zu bringen, deren Verzinsung noch eine Tilgung und Fonds=Ansammlung zulassen soll. Denn je höher der Ablösungsfaktor, desto niedriger wird die Tilgungsquote und desto länger die Tilgungsdauer. Je länger diese aber, desto weniger kann der Staat die Baareinföschung abwarten, muß also an den Verkauf denken und grade im Verkauf ist es gleichgültig, ob man 14 Millionen 4½prozentige, oder 16 Millionen 4prozentige oder 18 Millionen 3½prozentige Papiere umsetzt; der Baarerlös ist fast genau derselbe. Aber der niedrige Zinsfuß ist für unsern Zweck kostspieliger (siehe Tabelle) als der niedrige Faktor; außerdem würden, an den Markt gebracht, 18 Millionen 3½prozentiger Papiere den Cours mehr drücken als 14 Millionen 4½prozentige.

Man sollte billig annehmen, derselbe Staat, der die Grundsteuer mit ganz geringer Entschädigung auferlegte, könne mit einer etwas höheren zufrieden sein, zumal die Verpflichteten in Wirklichkeit weit höhere Ablösung zu zahlen haben, nämlich eine mehr als 30fache, wenn auch allmählig. Wir verlangen also in dem Abzug nur einen Verzicht des Staates auf die Erhöhungsbeträge, mit denen der Grundbesitz, seiner Capitalsarmuth halber, die Entlastung allmählig erkaufte, daher eine lange Leistung der vorstufweise anticipirten Gegenleistung des Staates entgegenseht. Wenn nämlich von dem Gesamt=Ablösungscapital, welches 17,933,300 Thaler betrug, der Betrag von 3,933,300 Thaler jeder Provinz als ein Stamm zum Provinzialfonds überlassen wird, so ist dies kein Geschenk, sondern nur eine Art Meliorationsvorstuf. Die Provinz ist aber dadurch in den Stand gesetzt, die Kosten des Ablösungswerks zu tragen, ferner mit der Grundsteuer auch deren Erhebungs- und Kataster-Kosten zu übernehmen, und in der Zeit bis zum

12. Jahre des Werkes außerdem den Anfang mit einigen Ausgaben für provinciale Hebung zu machen.

Die Zinsen dieses Stammfonds, der aus $4\frac{1}{2}$ prozentigen Staatsgrundrentenbriefen besteht, würden pr. pr. 180,000 Thaler jährlich liefern, wovon für die Grundsteuerverwaltung und die Rentenverwaltung nur je 70,000 Thaler absorbiert werden, also noch immer circa 30—40,000 Thaler vom ersten Jahre ab für Wegebauhilfen und andere Provinzialzwecke übrig bleiben. Kommt dann innerhalb der ersten 12 knappen Jahre der Staat in die Lage, von den gereiften Trauben der Kriegsgelder oder sonstigen Quellen Baarmittel zur Verfügung zu haben, so kann er ohne jeden Anstoß den einzelnen Provinzialfonds kleinere Beträge überweisen, die dann sehr willkommen und nützlich, jetzt aber nicht zur Offerte geeignet wären. Es ist ihm sodann ein vorzügliches Mittel zu solchen Verstärkungen der Provinzialfonds darin gegeben, daß er von etwa reservierten Staats-Grundrenten-Briefen den Nennwerth al pari verabreichen, seine Baarcapitalien aber zu andern Zwecken reserviren kann. Der Provinzialfonds dagegen kann die pari-Annahme ertragen und die Baareinlösung ruhig abwarten; kommt es ihm doch nur auf disponible Zinsen an.

Zur Ueberweisung an den Staat als Abfindung für die Grundsteuer-Abtretung, blieben per Provinz noch rund 14 Millionen übrig, von allen 11 Provinzen also concentrirt sich in der Staatskasse die Summe von 154 Millionen — im Gegensatz zum unverzinslichen unverfügbaren deutschen Kriegsschatz ein zinstragender disponibler preussischer Friedenschatz von fast vierfacher Höhe! Weiter bedarf es keiner Empfehlung für ihn. Ebenso spricht die Höhe des zu 10 Millionen angewachsenen Provinzialfonds für sich selbst überzeugend genug. Dagegen gilt es, noch festzustellen, wie groß der Ausfall an Jahreseinnahmen vorläufig sein wird, den der Staat als Erwerbspreis für die obigen Vortheile anzusehen haben würde.

Wir haben schon gesagt, daß die Provinzen mit der Grundsteuer auch deren Kosten übernehmen müssen. Diese betragen aber (nach dem Etat pro 1872) in drei Posten 778,221 Thaler, so daß jede einzelne Provinz nur 70,000 Thaler zu tragen hat, wogegen sich der für den Staat in Betracht kommende Grundsteuerausfall um die ganze Summe verringert. Es handelt sich dann

nicht mehr um 13,050,000 Thaler Grundsteuereinnahme, sondern nur um 12,271,779 Thaler Reinertrag aus derselben. Diesem gegenüber treten aber die Zinsen der 154 Millionen überwiefener Staats-Grundrenten-Briefe à $4\frac{1}{2}$ Prozent mit 6,930,000 Thaler jährlich ein, so daß der Unterschied nur noch 5,340,000 Thaler beträgt. Wird nun diesmal Hannover mit den übrigen Geschwistern nach ein und demselben Maße gemessen, so werden die 500,000 Thaler, welche jetzt zu seinen Gunsten aufgebracht werden müssen, für den eigentlichen Staats-Haushalt verwendbar. Es handelt sich nun um einen Ausfall von nur noch 4,800,000 Thaler, welchem schon jetzt ein Steuerüberschuß gegenübergestellt werden kann, durch dessen ausgleichende Heranziehung das anfängliche Deficit nur noch wenig über zwei Millionen beträgt. Schließlich können auch die Provinzen, zufrieden damit, nur den Anfang zu ihren Fonds gemacht zu sehen, noch manche kleinere Posten des Staatsausgaben-Stats übernehmen, womit die Entlastung desselben in dem Grade bewirkt wäre, daß schon im zweiten Jahre bei der stetigen Zunahme der Steuereinkünfte der Ausfall auf Null reducirt würde. Dies ist ohnehin nach den Resultaten der letzten Jahre mit Bestimmtheit zu erwarten.

Aber gesetzt auch, dem Staate stände gar keine andre Möglichkeit offen, seine Einkünfte früher als in zwei Jahren sich vermehren zu sehen, so würde eine Deckung des Ausfalls von zwei Millionen auf dem durchaus soliden Wege der Realisirung von Staats-Grundrenten-Briefen keinen Widerspruch finden. Binnen zwei Jahren ist der Ausfall gewiß wieder eingeholt und der Friedenschatz beträgt immer noch ungefähr 150 Millionen. Grade die Hebung des Verkehrs durch das Entstehen von Provinzialfonds läßt aber auch die Steuerquellen reichlicher fließen und die ganze Gefahr für den Staatshaushalt wird dadurch an Umfang wie an Dauer verschwindend klein.

Ein Rückblick auf die Resultate bietet also folgende Zahlen: Die Provinz übernimmt die Grundsteuer nebst deren Kosten, fertigt über den 15fachen Betrag $4\frac{1}{2}$ prozent. Staats-Grundrenten-Briefe aus, behält davon circa 4 Millionen und der Staat erklärt sich mit dem Rest von genau 14 Millionen für abgefunden. Sein Steuerausfall der ersten zwei Jahre bildet das Aequivalent für die Beschaffung vom größeren Theil des Provinzialfonds durch

die Steuerzahler. Der Provinzialfonds selbst besteht anfangs aus 4 Millionen Stammfonds und zu diesem fügt sich im 12. Jahre der Amortisationsfonds von 6 Millionen. Beide sind binnen 46 Jahren in Baarmittel umgewandelt und die ganze Rentenschuld der Provinz in derselben Zeit baar eingelöst. Schon vom 13. Jahre ab können außer den Zinsen des Stammfonds jährlich 131,493 Thlr. für Provinzialinteressen verausgabt werden, vom 47. Jahre ab ebenso die ganzen Zinsen von 10 Millionen. Bis zu diesem Zeitpunkte sind schon im Ganzen circa 13 Millionen für Provinzialzwecke verausgabt.

In derselben Zeit sind vom Grundbesitz 41,276,530 Thaler baar aufgebracht, ohne daß eine Erhöhung der jetzigen Jahreszahlungen erforderlich gewesen; vielmehr verringert sich vom 13. Jahre ab die Zahlungspflicht jährlich um den Zinsbetrag der getilgten Schuld, mit deren Tilgung nach und nach die Grundsteuer-Zahlungen gänzlich beseitigt werden. Der Staat aber besitzt das bis dahin latente Capital von 150 Millionen baar und ohne jede Beschränkung der Disposition und seine zahlreichste dankbarste Klasse von Bewohnern ist durch Entlastung neu gekräftigt und kann der gerechten Vertheilung der Staatslasten auf alle Schultern ruhig gewärtigen.

Dies sind Resultate, so glänzend und doch so real, daß ihre Erreichung nur den Entschluß, zu beginnen, erfordert. Denn mit welcher Sicherheit der Plan durchführbar ist, geht schon aus obigen Zahlen hervor, wenn auch bis jetzt weder von dem Reservefonds noch von den Details der Verwaltungsorganisation gesprochen wurde. Die Letztere ist natürlich Sache der Provinzen und die Details können daher füglich ihnen selbst überlassen bleiben, natürlich mit dem Reservat staatlichen Aufsichtsrechts. Bei allen wirkt der Trieb, das zukünftige Eigenthum des Provinzialfonds im ausgedehntesten Maße nutzbar zu machen, als Anregung zu möglichster Sparsamkeit in der Verwaltung, wie auch immer diese am einfachsten bewerkstelligt wird. Die eine Provinz würde Ursache haben, das ganze Werk in die Hände eines Landesdirektors und einiger tüchtiger Beamten zu legen; eine andere würde vielleicht suchen, die billigste Verwaltung bei dem organisirten Apparate der Generallandschaft zu erlangen; eine dritte wird den Organismus der bisherigen Provinzial-Rentenbank zu übernehmen gesonnen sein,

um für diesen Preis in den Besitz eines bestehenden und erprobten Werkzeuges zur Durchführung zu gelangen; manche endlich werden das übernommene Grundsteuer- und Kataster-Personal hierzu am geeignetsten und billigsten finden.

Nur das muß immer wieder hervorgehoben werden, daß von den speciell der Rentenverwaltung zufließenden Mitteln nichts anderwärtig verwendet zu werden braucht, damit die Ansammlung des Amortisationsfonds, also des Provinzialschatzes sich abzugelos vollziehe. Unter dieser Voraussetzung ist der im Plane vorgenommene Ansat einer $4\frac{1}{2}$ prozentigen Verzinsung namentlich dann gerechtfertigt, wenn jeder einkommende Ueberschuß sofort durch den Ankauf eigener Staats-Grundrenten-Titel zinsbar gemacht wird. Sollten sich diese aber dem Markte entziehen — was nicht voraussetzen ist, da der abgefundenen Staat jederzeit gern für baare Nennwerthszahlung solche abzulassen bereit sein wird — so giebt es genug andere pupillarische Papiere an Rentenbriefen, Pfandbriefen, heimischen Staatsschuldsscheinen etc., die durch ihren Courspreis dennoch mindestens $4\frac{1}{2}$ vom baaren Hundert jährlich liefern. So wird nun der fernere Verlauf des ganzen Werks ohne Schwierigkeiten sich vollziehen und ohne weitere Erläuterung aus dem Plane A. verstanden werden.

Der Reserve-Fonds.

Der Zweck desselben ist klar, nur seine Entstehung noch nicht; denn wir haben wohl motivirt, warum in dem Plane stets eine $4\frac{1}{2}$ prozentige Verzinsung angenommen werden durfte, haben aber die Hoffnung auf eine höhere Zinseneinnahme durchblicken lassen, müssen also uns auch gegen eine niedrigere gerüstet erweisen.

In dem Plane ist jedesmal nur die kahle Grundsteuer-Einnahme des Jahres gerechnet, ohne Rücksicht darauf, daß sowohl für die Steuerraten als für die Zins- und Tilgungs-Zahlungen bestimmte Termine inne gehalten werden müssen. Selbstredend würden diese Zahlungen, wie bei allen ähnlichen Werthpapieren halbjährlich vorgenommen werden und zwar die Einlösung der

Coupons zum 2. Januar und 2. Juli jedes Jahres, dagegen die Einlösung der getilgten Rententitel nach einem beliebig zu wählenden Ausloosungsplan.

Die jetzige Grundsteuer wird in vierteljährlichen Raten in der Mitte jeden Quartals gezahlt. Bei der Festsetzung dieser Termine sind nun augenscheinlich nur die Bedürfnisse des Staats mit der Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Steuerzahler in Einklang gebracht. Dem Staat war nur daran gelegen, die zur Deckung laufender Ausgaben dienende Steuer stets rechtzeitig und in nicht zu fühlbaren Beträgen einzuziehen.

Die Grundsteuer erhält aber durch die Ablösung einen ganz heterogenen Charakter; sie wird nicht im ganzen Umfange und auch nicht sofort nach dem Eingange wieder ausgegeben; sondern derjenige Betrag, der als Amortisationsrate zu betrachten ist, kann sofort zu dauernder Anlage verwendet, also zinsbar gemacht werden und der größere Theil, der zur Couponseinslösung d. h. zum Rentenzins gebraucht wird, verweilt längere Zeit in den Händen der betreffenden Verwaltung und kann ebenfalls zu irgend einem niedrigen Zinsfuße sicher angelegt werden, also Zinsen bringen, ehe er wieder baar ausbezahlt ist. Alle diese accidentiellen Vortheile sind in dem Plane ganz außer Rechnung geblieben, obgleich sie unbestreitbar sind; nur ihre Höhe kann verschieden sein. Betrachtlich bleiben sie aber stets wegen der großen Beträge, von denen sie stammen.

Indessen wird diese Art, das Geld nutzbar zu machen, von den jetzigen Steuerterminen wenig begünstigt. Es liegt also nahe, die Termine dahin zu verlegen, daß die Vortheile davon dem gemeinnützigen Zwecke zu möglichstem Nutzen gereichen. Wenn damit ein Opfer von den Steuerzahlern verlangt wird, so kann es erstens nur sehr gering sein und zweitens als die einzige Erschwerung gegenüber den Vortheilen der Steuerbefreiung gar nicht in Betracht kommen. Daher stipuliren wir als Lebensbedingung für den Reservefonds, daß die Bestimmung getroffen werde, die Grundsteuerbeträge in halbjährlichen Raten voranzubezahlen und zwar innerhalb der ersten 14 Tage jedes Semesters. Wenn dann auch noch weitere 14 Tage bis zum Eintreffen der Gelder von den Sammelstellen bei der Provinzialkasse vergehen, so laufen doch mit dem Ablauf jeden ersten und siebenten Kalender-

Monats der ersten 12 Jahre je 597,777 Thaler ein. Zu Rentenzinsen werden aber nur gebraucht je 403,500 Thaler, so daß der Rest d. h. die beiden Hälften der jährlichen Amortisationsrate um 11 resp. 5 Monate länger zu Zinsen liefernden Anlagen verwendet sein können, als der Plan annimmt.

Die $4\frac{1}{2}$ prozentigen Zinsen dieser 164,277 Thaler, einmal auf 11, das andre Mal auf 5 Monate, betragen aber schon im ersten Jahre 9856 Thaler und da dieser Vorgang während der ganzen 46 jährigen Amortisationsperiode sich alljährlich ungeändert vollziehen muß und wird, sind hiervon allein Reserve-Einnahmen von 453,376 Thaler nachgewiesen.

Das Gebiet des Reservefonds ist nun hiermit nicht abgeschlossen, sondern, wenn man den Grundsatz als maßgebend adoptirt, alle außerplanmäßigen Einkünfte dem Reservefonds zuzuwenden, haben wir erst den kleinern Theil betrachtet und in den Vordergrund deshalb gestellt, weil er ein Fixum bildet.

Die größere Summe der halbjährigen Einnahmen, die wir noch nicht betrachtet haben, ist nun ebenfalls bis zum 13. Jahre unverändert dieselbe. Stets wiederholt es sich da, daß mit dem Anfang des zweiten Semestermonats je 403,500 Thaler auf 5 Monate zinsbar gemacht werden können, weil sie erst mit dem Schlusse jedes Semesters wieder disponibel sein müssen. Rechnen wir also auch nur die niedrigste Contocorrent-Anlage bei einer königlichen oder ständischen Bank — Sicherheit vorausgesetzt — zu $2\frac{1}{2}$ Prozent p. a., so liefert jedes Jahr zweimal einen Betrag zum Reservefonds von 10,087 Thaler, das beträgt bis zum Beginn der Tilgung im Ganzen 242,088 Thaler.

Bis jetzt sind also 695,464 Thaler nachgewiesen.

Vom 13. Jahre ab verringert sich nun die Summe der Rentenzinsen durch Tilgung um je $\frac{1}{34}$. Das Resultat ist aber ganz dasselbe, als ob $17\frac{1}{2}$ mal der ungeschmälerte Jahresbetrag weiter disponibel werden würde, es werden demnach durch die nur zu $2\frac{1}{2}$ Prozent veranschlagte laufende Verzinsung noch fernere 353,045 Thaler einkommen, oder im Ganzen das Total von rund 1,048,500. Gelingt es aber eine nur $\frac{1}{2}$ Prozent höhere Verzinsung zu erreichen, so rechnet der Zuwachs wieder nach Zehntausenden.

Endlich sei nur noch darauf hingewiesen, daß es auch in der Anlage des Amortisationsfonds leicht sein wird, mehr als $4\frac{1}{2}$

Prozent Zinsen zu erzielen und den Ueberschuß an den Reservefonds abzuführen. Damit ist genügend bewiesen, daß es an Mitteln nicht fehlen wird, um gegen Ausfälle, die doch nur vereinzelt vorkommen können, hinreichend gesichert zu sein. Aber dazu gehört noch die Bestimmung, daß alle Jahresüberschüsse, die nicht auf so unerwartete Weise sogleich absorbiert werden, auch zur Ansammlung des Reservefonds gebraucht, aber nicht etwa anderweitig verwendet werden. Nur die Zinsen der angesammelten Reservebeträge mögen für die Zwecke der Rentenverwaltung abgegeben werden, das Capital selber muß unangetastet bleiben, denn nächst den Zinsen muß dieses für die völlig plangemäße Ausführung der Verzinsung und Amortisation der Schuld verhaftet bleiben. Wir sind überzeugt, daß es nicht nöthig sein wird, von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen und daß es noch weniger eines so colossalen Reservefonds bedürfte. Aber der Bestand dieses Fonds ist dem später in das Eigenthum eintretenden Provinzialfonds um so angelegener, je dauernder der Nutzen davon erhöht werden kann und es ist nicht gleichgiltig, ob nach den 46 Jahren des Planes ein Bestand von $1\frac{1}{2}$ Million oder nur von $\frac{1}{2}$ frei wird.

Wenn dies Capital doch einmal den gemeinnützigen Zwecken der Provinz gewidmet werden soll, so knüpft sich am besten noch eine andere Bestimmung daran, in der Absicht, die Verwaltungslast weniger drückend zu machen, nämlich die, die entbehrlichen Zinsen des Reservefonds schon während des ganzen Ablösungswerks speziell für die Verwaltungskosten der Rente herzugeben, also die Gehalte, Gratificationen u. d. der Rentenbeamten daraus zu entnehmen und danach zu bemessen.

Dann aber, wenn eine klare sparsame und treue Verwaltung geholfen hat, die ganze Operation glücklich zu Ende zu führen, bildet der Reservefonds den naturgemäßen Pensions- und Wittwenfonds für alle Provinzialbeamte. Er ist und bleibt dabei Eigenthum des Provinzialfonds, aber auch ein unantastbarer Hort für diejenigen, die ihre Existenz dem gemeinnützigen Zwecke darbringen — und je reicher die Mittel, desto tüchtiger die Kräfte! Dem Provinzialfonds nützt dieser sein Appendix — so zu sagen — dennoch in vollem Maße, weil er das entsprechende Quantum eigner Zinseinkünfte für die direkte Verwendung frei macht.

Welch mächtiger Trieb ist aber dadurch für die Beamten des Ablösungswerts gegeben, mit allem Fleiß und unablässiger Aufmerksamkeit zu sorgen, daß der Reservefonds so hoch als möglich steige und nie zu seiner nominellen Sicherheitsbestimmung angegriffen zu werden brauche. Wer würde zu dem Zwecke, dieses schöne Resultat zu erlangen, nicht gern seine Grundsteuer in den verlangten Semesterterminen freiwillig zahlen?!

Die Ablösung durch Baarcapital.

Wenn bisher der kurz skizzirte Entwurf als unbedenklich durchführbar erschienen ist, dem wird nicht entgangen sein, warum von einer direkten Baarablösung der Steuer noch gar nicht die Rede gewesen ist. Von dem Grundsatz ausgehend, daß sowohl die städtische Grund- als die Gebäudesteuer nur ein Anhang der großen Land-Grundsteuer ist, mußte vor allem andern der ländliche Grundbesitz ins Auge gefaßt und nach dieser Richtung hin auch der Kern des Reformwerks gesucht werden. Wir begannen daher mit der Darlegung der Capital- und Credit-Noth des ländlichen Grundbesitzes in ihrem eigentlichen Ursprung, müssen also folgerecht diesem herrschenden Uebelstand Rechnung tragen.

Es hieße nun die Noth nicht lindern, sondern mehrern, wenn man der capitalbesitzenden Industrie- und Börsen-Welt die Baarablösung zu einem niedrigeren Betrage gestatten wollte, als dem von Baarmitteln entblößten Grundbesitz. Darin läge eine Art Bestrafung des Mangels an Capital, und nichts kann uns ferner liegen als eine solche; ebenso wenig verlangen wir aber eine begünstigende Rücksicht, — sonst würden wir ja Passalleaner — sondern nur volle gleichvertheilende Gerechtigkeit. Freilich wäre es dem industriellen und städtischen Grundbesitz viel einfacher und bequemer erschienen, der 46jährigen Ablösungsperiode durch eine einmalige Baarzahlung vorauszuweichen und damit die Steuerpflicht über Bord geworfen zu haben. Aber vom Standpunkte einfacher Gerechtigkeit dürfen wir dies nur zugestehen, wenn mit Rücksicht

auf die höhere Zinsbarkeit baaren Geldes im Gegensatz zu Werthzeichen mit fixirtem Zinsfuße, ein gleicher Kaufpreis für die Befreiung d. h. ein gleicher oder doch paralleler Ablösungsmodus inne gehalten wird.

Ein flüchtiger Blick auf den Plan und eine kurze Probe-Rechnung nach der vergleichenden Uebersicht ergiebt nun, daß der Grundbesitz bis zu beendigter Ablösung den $34\frac{1}{2}$ fachen Betrag seiner Steuer aufzubringen hat. Dabei verzichtet er noch zu Gunsten der Bildung von Provinzialfonds sammt Reserve auf alle Zinsen und Zinseszinsen seiner Einzelzahlungen, bringt also das ganze Resultat, was außer der Abfindung des Berechtigten erreicht wird, lediglich aus seiner Tasche zu Stande. Es ist also eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, demjenigen, der von seinem Capitalbesitz vortheilhafteren Gebrauch durch einmalige Abzahlung machen kann, höchstens den parallelen Weg zu eröffnen.

Daß dabei eine 5prozentige Verzinsung des baaren Geldes als die normale zu Grunde gelegt werden muß, ist das einzige Zugeständniß, zu dem die Rechnung berechtigt, so daß also die Zulässigkeit der Baarablösung mit dem 25 fachen Baarbetrage der Steuer daraus hervorgeht. Ebenso kann aber gerechter Weise auch darauf Rücksicht genommen werden, ob schon irgend welche Umwandlungs- oder Ablösungskosten für den betreffenden Steuerbetrag entstanden sind oder nicht. Ist letzteres der Fall, so daß eine Ersparung an den Umwandlungskosten und an Verwaltungslast noch stattfinden kann, so mag dies einer $2\frac{1}{2}$ fachen Quote gleichgeachtet, die Baarablösung also zum $22\frac{1}{2}$ fachen Betrage gestattet sein. Sind dagegen schon die Einleitungen zur allmählichen Ablösung getroffen, so fällt jeder Grund zu diesem Ablass fort und die 25 fache Baareinzahlung wird die maßgebende bis zu dem Punkte bleiben, wo die Tilgung beginnt. Wird also innerhalb dieses zwölfjährigen Zeitraums die Baarablösung gewünscht, so können von dem 25 fachen Betrage nur die einfachen bisher geleisteten Amortisationszahlungen ohne Zinsen in Abzug gebracht werden, nichts weiter. Hat aber erst die Tilgung begonnen, so kann nur noch die Baarablösung zum vollen Betrage unter gleichem Abzug der einfachen eingezahlten Amortisationsbeträge statthaft erscheinen.

Von allen baar eingehenden Ablösungscapitalien fällt dem Staate naturgemäß nur derjenige Betrag zu, den er im Falle der allmählichen Ablösung an Nennwerth in Rententiteln erhalten haben würde, der Rest fällt als der Beitrag zum Provinzialfonds diesem anheim. Daraus folgt, daß alle diejenigen baaren Ablösungscapitalien, welche einfließen, nachdem der Staat bereits die volle Summe an Rententiteln erhalten hat, zum Rücktausch eines entsprechenden Theiles von Rententiteln angewendet werden, die dann bleibenden Restbeträge aber Bestandtheile des Provinzialfonds bilden müssen.

Diese Modalitäten der Baarablösung sind indeß nur erörtert worden, um zu beweisen, daß man die letztere nicht geradezu von der Hand zu weisen brauche; es hat aber einige Bedenklichkeiten, dieselbe besonders zu erleichtern. Denn angenommen, die Gesamtheit der Steuerpflichtigen machte Gebrauch von der Erlaubniß, sofort zum 22½fachen Betrage baar abzulösen, so würde, nachdem der Staat mit demselben Betrage wie sonst, mit 14 Millionen, befriedigt wäre, zwar annähernd derselbe Capitalbetrag als Provinzialfonds disponibel bleiben, aber der ganze Reservefonds mit seinen Vortheilen würde fehlen und der ganze Apparat, den die jetzige Grundsteuer- und Kataster-Verwaltung besitz, würde jährlings weggeworfen sein.

Auch ein anderer Gesichtspunkt drängt dazu, die Baarablösung nicht in den Vordergrund zu stellen. Man darf nämlich nicht vergessen, daß der Charakter einer Staatsabgabe das Postulat der gleichmäßigen Vertheilung natürlich in sich schließt. Diesen Charakter behält aber auch die Grund- und Gebäudesteuer bis zu ihrer definitiven Beseitigung und da sie eine Art indirekter Einkommensteuer vorstellt, wird sie also bei der Anlage einer allgemeinen Besteuerung des Reineinkommens auf diese mit ihrem jeweiligen Betrage in Anrechnung gebracht werden müssen. Mithin würde die Consequenz der Erlaubniß, nach Belieben baar abzulösen, dahin führen, daß die Einen nach einer neuen, die Andern nach der alten Form besteuert werden sollen — eine Ungleichheit, die manchen wunden Fleck zum Vorschein bringen würde. Es ist also besser, praktischer, einfacher und gerechter, die Baarablösung überhaupt zu versagen, zum wenigsten sie eher zu erschweren als zu bevorzugen,

zumal doch nur der kleine Theil der Steuerpflichtigen davon Vortheil ziehen würde, der keiner Bevorzugung mehr bedarf.*)

Die Modification der Ablösungs-Grundlagen.

Es ist Eingangs nur flüchtig erwähnt, welche Gründe zur Adoption des Ablösungsfaktors 15 und des Renten-Zinsfußes $4\frac{1}{2}$ geführt haben. So wenig damit auch die Zufälligkeit der angenommenen Zahlen behauptet sein soll, ebenso wenig vermag eine andere Wahl nach unserm Ermessen günstigere Proportionen nachzuweisen (siehe vergl. Uebersicht), es sei denn, daß man den Staats-Grundrenten-Briefen eine noch höhere als $4\frac{1}{2}$ prozentige Verzinsung zuwenden möchte. Damit würde freilich ein Vortheil in dem Interesse der Rentenkäufer erreicht, dem aber ein Nachtheil der andern Interessenten naturgemäß entgegensteht. Denn entweder muß dann der Ablösungsfaktor und mit diesem der Abfindungsbetrag verringert oder der Stammfonds niedriger dotirt oder endlich die Amortisationsperiode verlängert werden.

Mit dem ersten Ausweg erschwert man dem Staate die Ertheilung der Genehmigung nur dann nicht, wenn man dieselbe jährliche Zinsen-Einnahme für ihn im Auge behält. Dazu würden von 5 Prozent Papieren also 12,5 Millionen erforderlich sein; derselbe Gesichtspunkt macht für die Dotirung des Provinzialfonds einen Stamm von 3,6 Millionen nothwendig, läßt aber außer Acht, daß beide Male ein geringeres Baarcapital aus den getilgten Werthzeichen hervorgehen würde. Within liegt darin besonders für den Provinzialfonds eine Benachtheiligung, weil er seinen eigenen Stamm von Rententiteln gar nicht veräußern, sondern durch den Gang der Amortisation in baare Capitalien umwandeln soll.

*) Für Diejenigen, die in der Ansicht, die Grundsteuer sei auf die neue Form der Einkommensteuer anzurechnen, eine Inconsequenz gegen den Ruf nach Entlastung des Grundbesitzes entdecken wollen, sei schließlich auf die von anderer Seite bereits bewiesene Thatsache verwiesen, daß die ersuchte neue Einkommensteuer bei gerechter Vertheilung für den Grundbesitz eine Erleichterung um $\frac{2}{3}$ der jetzigen Steuersumme involviren muß und wird. D. Verf.

Endlich würde eine Schwierigkeit für die Rentenverwaltung darin liegen, die alljährlichen Anlagen in den eigenen Papieren zu bewirken, da diese bei 5 Prozent Zinsen und ihrer großen Sicherheit meistens über *pari coursiere* würden. Dahingegen würde der Cours sicherlich nicht hoch genug sein, um durch allmälige Realisation des Papiers den Ausfall an Capital für den Provinzialfonds und den Staat wieder einzubringen.

Man sieht also, je höher das Rentenpapier, mittelst dessen die Ablösung bewirkt werden soll, verzinslich ist, um so mehr leidet der Zweck, Capital für den öffentlichen Nutzen anzusammeln und der Privatnugen für die Inhaber mobiler Capitalien tritt in den Vordergrund. Wird aber ein Ausgleich auf Kosten der Amortisation versucht, so verliert das ganze Unternehmen seine aufhellende Wirksamkeit für den belasteten Grundbesitz. Wer dessen Interesse als das hauptsächlichste betrachtet, könnte eher zu der Forderung gelangen, bei 15facher Ablösung den Rentenbriefen eine nur 4prozentige Verzinsung beizulegen, damit jährlich $2\frac{2}{3}$ Prozent als Amortisationsrate gelten und dadurch die Steuerbeseitigung schon nach $37\frac{1}{2}$ Jahren vollendet wäre. Für die Höhe des Provinzialfonds hätte dies allerdings keinen ungünstigen Einfluß; aber dem Staate wäre dadurch eine Erhöhung seines Steueransfalls um 700,000 Thaler zugemuthet. Lassen wir dahingestellt, ob er dies zu ertragen in die Lage kommen wird, so gewinnt natürlich diese Modification den Vorrang vor der von uns zu Grunde gelegten; aber wir glauben nicht an diese Aussicht.

Wenn eine Aenderung der vorgeschlagenen Zahlen nöthig erscheinen sollte, so würde es vielmehr nur die sein, die der Plan B. ohne weitere Erklärung veranschaulicht; aber hier durfte die $16\frac{2}{3}$ fache Ablösung mit 4 Prozent Rentenzinsen und 50jähriger Tilgungsdauer um deswillen nicht zu Grunde gelegt werden, weil kein genügendes Aequivalent der um 4 Millionen größeren Zahlungspflicht des Grundbesitzes gegenübersteht; auch erhält der Staat nur dann zwei Millionen mehr Abfindungscapital, wenn er unvermutheter Weise fünfzig Jahr lang sich mit den 4 Prozent Zinsen begnügen und die Tilgungsauslosungen bis zu Ende abwarten wollte.

Kann der Staat so lange warten, dann ist aber die Möglichkeit gegeben, noch günstigere Bedingungen durch Herabsetzung des Zinsfußes zu erzielen, wenn auch eine nominelle Erhöhung des

Capitals auf den ersten Blick lästiger erscheint. Und von diesem Standpunkte würde der Plan C. am geeignetsten erscheinen, weil er in der kürzesten Zeit (40 Jahre) und mit noch 3 Millionen weniger Gesamtkosten als A., zum Ziele führt. Daß bei seiner Durchführung scheinbar weniger Mittel zu provinziellen Zwecken disponibel werden, wird durch den um so größeren Bestand des Provinzialfonds nach Schlusse der Tilgung reichlich aufgewogen.

Thatsächlich ist, wie die vergleichende Uebersicht Nr. 20 beweist, der Aufwand für Provinzialzwecke bei weitem größer, als in A. und B., gleiche Zeiträume vorausgesetzt. Ist aber gar bestimmte Aussicht darauf, daß während des Ablösungswerkes der Staat jeder Provinz einige Millionen Kriegs- oder sonstige Gelder wird überweisen können, dann ist dieser Plan C. derjenige, der allen andern Modificationen vorangeht.

Zum Beweise, daß eine weitere Capitalerhöhung unter gleicher Renten-Verzinsung, also Verlängerung der Tilgung, in jeder Richtung hin unannehmbar wird, folgt endlich noch ein Plan D., bei welchem eine 20fache Ablösung und $3\frac{1}{2}$ Prozent Verzinsung der Rententitel zu Grunde gelegt ist, so daß eine Jahresrate von nur $1\frac{1}{2}$ Prozent der Tilgung dient. Soll auch hierbei auf Zins und Zinseszins seitens des ablösenden Grundbesitzes verzichtet werden, — und das muß ja zur Bildung des Provinzialfonds geschehen — so würde also eine Dauer von $66\frac{2}{3}$ Jahren für die Vollendung stipulirt sein, was alle übrigen Vortheile fast illusorisch macht. Es ist daher in diesem Plane, um doch nicht ganz in dieser Richtung den Nachweis fehlen zu lassen, von einer regelmäßigen Planwirthschaft Abstand genommen, vielmehr nur ein ungefährer Calcul aufgestellt, um zu zeigen, mit welchen Mitteln die Verkürzung des Werkes dann erkaufet werden müßte. Daß eigentlich gar kein Nutzen geschaffen wird, wenn nach 42jähriger Fortzahlung der ganzen jetzigen Grundsteuer dieselbe plötzlich ganz aufhört, ist selbstverständlich. Daß aber mit dem Aufwand von über 50 Millionen weiter nichts erreicht wird, als eine um 2 Millionen größere Ansammlung für den Provinzialfonds, das macht diese Modification eben zu einer Unmöglichkeit. Auch würden wir weder Zeit noch Papier zur Fixirung dieser Art von Ablösung verschwendet haben, wenn nicht in Zeitungen und Vereinen grade diese als die einfachste und praktischste so vielfältig besprochen würde.

Es mögen sich freilich noch Combinationen aufstellen lassen, welche auch die 20fache Ablösung annehmbar machen; ebenso mögen unsre andern, kurz und eilig skizzirten Entwürfe noch in vielen Punkten der Verbesserung fähig sein — deshalb wollen wir dieselben nicht als das vollendete Ziel hinstellen, sondern nur anregen, zu prüfen, zu besprechen und kundzugeben, in wie weit sich die Mehrzahl der Betheiligten der einen oder andern Modification geneigt zeigt. Leider kam uns die Anregung selber zu spät, um noch vor dem Beginn des ersten Congresses deutscher Landwirthe den Entwurf hinauszuschicken, möge aber der zweite Congress mit Energie und Einstimmigkeit den Grundzügen desselben Nachdruck geben, dann wird Vielen geholfen, am meisten aber dem Staate selbst genützt sein.

A. Plan *)

zur 15fachen Ablösung mittelst 4½prozentiger Renten titel.

(Entspricht einer 34½fachen Ablösung.)

Die Grundstücker einheit beträgt	1,195,555 Thlr.
Ausgefertigt wird die 15fache	
Summe an Renten	17,933,300 Thlr.
Diese erfordert zur Verzinsung	
jährlich	807,000 =
Daher beträgt die Amortisa-	
tionsrate	388,555 = 1,195,555 Thlr.
Die 1. Amortisationsrate bildet den Anfang des Fonds, also	
zu Anfang des 2. Jahres vorhanden	388,555 Thlr.
Zinsen	17,484 =
Amortisationsrate	388,555 =
zu Anfang des 3. Jahres vorhanden	794,594 Thlr.
Zinsen	35,756 =
Amortisationsrate	388,555 =
zu Anfang des 4. Jahres vorhanden	1,218,905 Thlr.
Zinsen	54,850 =
Amortisationsrate	388,555 =
zu Anfang des 5. Jahres vorhanden	1,662,310 Thlr.
Zinsen	74,803 =
Amortisationsrate	388,555 =
zu Anfang des 6. Jahres vorhanden	2,125,668 Thlr.
Zinsen	95,652 =
Amortisationsrate	388,555 =
zu Anfang des 7. Jahres vorhanden	2,609,875 Thlr.
Zinsen	117,445 =
Amortisationsrate	388,555 =

*) Wir haben auf die Anwendung von Rentenformeln verzichtet, um Jedem die Gelegenheit zum empirischen Nachrechnen zu bieten.

D. Verf.

zu Anfang des 8. Jahres vorhanden	3,115,875 Thlr.
Zinsen	140,215 =
Amortisationsrate	388,555 =
zu Anfang des 9. Jahres vorhanden	3,644,645 Thlr.
Zinsen	164,007 =
Amortisationsrate	388,555 =
zu Anfang des 10. Jahres vorhanden	4,197,207 Thlr.
Zinsen	188,874 =
Amortisationsrate	388,555 =
zu Anfang des 11. Jahres vorhanden	4,774,636 Thlr.
Zinsen	214,857 =
Amortisationsrate	388,555 =
zu Anfang des 12. Jahres vorhanden	5,378,048 Thlr.
Zinsen	242,012 =
Amortisationsrate	388,555 =
Der Bestand des Amortisationsfonds beträgt nun	6,008,615 Thlr.

Hiervon werden jährliche Zinsen
 disponibel 270,388 Thlr.

Dazu tritt die jährliche Amorti-
 sationsrate mit 388,555 =
 zusammen jährlich verwendbar 658,943 Thlr.

Die Tilgung erfordert in 34
 Raten je 527,450 =

Als jährlicher Ueberschuß zu Pro-
 vinzialzwecken verbleiben also 131,493 Thlr.

so daß in jeder Jahresbilanz, abgesehen von dem Theilbetrage der
 Grundsteuer, welcher zur Verzinsung der Rentenschuld dient, fol-
 gende Zahlen bis zum Schluß stereotyp wiederkehren:

1. Einnahme.

Zinsen des Amortisationsfonds . 270,388 Thlr.
 Die jährliche Amortisationsrate . 388,555 = 658,943 Thlr.

2. Ausgabe.

Die Tilgungsrate = $\frac{1}{34}$ der Schuld 527,450 Thlr.
 Zur Ueberweisung an den Provin-
 zialfonds 131,493 Thlr. 658,943 Thlr.

Indem die Schuld sich nun jährlich um obigen Tilgungs-
Betrag vermindert, wird zur Verzinsung jedes Jahr entsprechend
weniger gebraucht. Da dieser Abzug den Steuerzahlern zu gut
kommt, indem sich ihre Zahlungspflicht in gleichem Maße verringert,
werden also im 14. Jahre nur noch $\frac{33}{34}$ des Rentenzinsebetrages
eingezogen, im 15. = = = $\frac{32}{34}$

= 16. = = = $\frac{31}{34}$

= 17. = = = $\frac{30}{34}$ u. f. f.

Daher im 30. = = = $\frac{17}{34}$

= 35. = = = $\frac{12}{34}$

= 40. = = = $\frac{7}{34}$

= 45. = = = $\frac{2}{34}$

= 46. = = = $\frac{1}{34}$ als letzte Zahlung

überhaupt, da nunmehr die Amortisation vollendet und die Renten-
titel sämtlich eingelöst sind. Dabei haben die Ablösenden außer
46 Amortisationsraten nur 29mal den Restbetrag der Grundsteuer
zu zahlen.

B. P l a n

zur $16\frac{2}{3}$ fachen Ablösung mittelst 4prozentiger Rententitel.

(Entspricht einer $37\frac{1}{3}$ fachen Ablösung.)

Die Grundsteuereinheit beträgt 1,195,555 Thlr.

Ausgefertigt wird die $16\frac{2}{3}$ fache

Summe an Renten . 19,925,900 Thlr.

Diese erfordert zur Verzinsung

jährlich 797,036 =

Daher beträgt die Amortisa-

tionsrate 398,519 = 1,195,555 Thlr.

Die 1. Amortisationsrate bildet den Anfang des Fonds, also:

zu Anfang des 2. Jahres vorhanden 398,519 Thlr.

Zinsen 15,940 =

Amortisationsrate 398,519 =

zu Anfang des 3. Jahres vorhanden 812,978 Thlr.

Zinsen 32,519 =

Amortisationsrate 398,519 =

zu Anfang des 4. Jahres vorhanden 1,244,016 Thlr.

Zinsen 49,760 =

Amortisationsrate 398,519 =

zu Anfang des 5. Jahres vorhanden 1,692,295 Thlr.

Zinsen 67,691 =

Amortisationsrate 398,519 =

zu Anfang des 6. Jahres vorhanden 2,158,505 Thlr.

Zinsen 86,340 =

Amortisationsrate 398,519 =

zu Anfang des 7. Jahres vorhanden 2,643,364 Thlr.

Zinsen 105,734 =

Amortisationsrate 398,519 =

zu Anfang des 8. Jahres vorhanden 3,147,617 Thlr.

Zinsen 125,904 =

Amortisationsrate 398,519 =

3*

zu Anfang des 9. Jahres vorhanden	3,672,040 Thlr.	
Zinsen	146,881 =	
Amortisationsrate	398,519 =	
zu Anfang des 10. Jahres vorhanden	4,217,440 Thlr.	
Zinsen	168,697 =	
Amortisationsrate	398,519 =	
zu Anfang des 11. Jahres vorhanden	4,784,656 Thlr.	
Zinsen	191,386 =	
Amortisationsrate	398,519 =	
zu Anfang des 12. Jahres vorhanden	5,374,561 Thlr.	
Zinsen	214,982 =	
Amortisationsrate	398,519 =	
Der Bestand des Amortisationsfonds beträgt nun	5,988,062 Thlr.	
Hiervon werden jährliche Zinsen		
disponibel	239,522 Thlr.	
Dazu tritt die jährliche Amorti-		
sationsrate mit	398,519 =	638,041 Thlr.
zusammen jährlich verwendbar	638,041 Thlr.	
Die Tilgung erfordert 38 Jahres-		
raten à	524,300 Thlr.	
als jährlicher Ueberschuß zu Pro-		
vinzialzwecken bleiben also .	113,741 =	638,041 Thlr.

Dieselben Zahlen kehren nun alljährlich stereotyp wieder. Den Steuerzahlern kommt aber von nun ab die Verminderung der Zinsen für das jedesmal getilgte 38tel der Schuld zu Gute, so daß sie nach 19 Jahren nur noch die Hälfte desjenigen Betrages der Grundsteuer außer der Amortisationsrate zu entrichten haben, welcher bisher zur Verzinsung der Rententitel erforderlich war. Von Jahr zu Jahr sinkt also die Schuld, mit ihr die Zinslast und dadurch die Zahlungspflicht der Ablösenden um je $\frac{1}{38}$, so daß im 38. Jahre nach dem Beginne der Tilgung d. h. im 50. des ganzen Werkes die ganze Schuld getilgt und die ganze Grundsteuer beseitigt ist.

Von der Gesamtsumme der ausgefer-
 tigten Rententitel von 19,925,900 Thlr.
 müßte ebenso, wie bei A., der Provinz belassen
 werden der Stammfonds: 3,925,900 Thlr.
 dagegen dem Staate als Ab-
 findung behändigt . . . 16,000,000 = 19,925,900 Thlr.

Der Provinzialfonds disponirt dann von Beginn
 an über 157,036 =
 jährliche Zinsen des Stammfonds und vom
 12. Jahre an über den jährlichen Ueberschuß 113,741 =
 Im Ganzen werden also zu Gunsten der Pro-
 vinz während der Ablösungsdauer nach und
 nach aufgewendet 12,898,922 =
 Die Gesamtzahlungen seitens der Ablösenden
 betragen 44,634,066 =
 Der Provinzialfonds besitzt am Schlusse der
 Ablösung 9,913,962 =

C. Plan

zur $16\frac{2}{3}$ fachen Ablösung mittelst $3\frac{1}{2}$ prozentiger Rententitel.

(Entspricht einer $31\frac{1}{3}$ fachen Ablösung.)

Die Grundsteuereinheit beträgt 1,195,555 Thlr.

Ausgefertigt wird der $16\frac{2}{3}$ fache Betrag in Renten
19,925,900 Thlr.

Vorausgesetzt, der Staat erklärt sich mit
16,000,000 Thlr. abgefunden, so verbleibt der
Provinz ein Stammfonds von 3,925,900 Thlr.
wie in B.

Die Verzinsung der ganzen Schuld
erfordert jährlich . . . 697,406 Thlr.

Daher beträgt die jährliche Amortisationsrate 498,149 = 1,195,555 Thlr.

Die 1. Amortisationsrate bildet den Anfang des Fonds, also
zu Anfang des 2. Jahres vorhanden 498,149 Thlr.

Zinsen 19,925 =

Amortisationsrate 498,149 =

zu Anfang des 3. Jahres vorhanden 1,016,223 Thlr.

Zinsen 40,652 =

Amortisationsrate 498,149 =

zu Anfang des 4. Jahres vorhanden 1,555,024 Thlr.

Zinsen 62,200 =

Amortisationsrate 498,149 =

zu Anfang des 5. Jahres vorhanden 2,115,373 Thlr.

Zinsen 84,615 =

Amortisationsrate 498,149 =

zu Anfang des 6. Jahres vorhanden 2,698,137 Thlr.

Zinsen 107,925 =

Amortisationsrate 498,149 =

zu Anfang des 7. Jahres vorhanden 3,304,211 Thlr.

Zinsen 132,168 =

Amortisationsrate 498,149 =

zu Anfang des 8. Jahres vorhanden	3,934,528 Thlr.	
Zinsen	157,381 =	
Amortisationsrate	498,149 =	
zu Anfang des 9. Jahres vorhanden	4,590,058 Thlr.	
Zinsen	183,602 =	
Amortisationsrate	498,149 =	
zu Anfang des 10. Jahres vorhanden	5,271,809 Thlr.	
Zinsen	210,872 =	
Amortisationsrate	498,149 =	
zu Anfang des 11. Jahres vorhanden	5,980,830 Thlr.	
Zinsen	239,233 =	
Amortisationsrate	498,149 =	
zu Anfang des 12. Jahres vorhanden	6,718,212 Thlr.	
Zinsen	268,728 =	
Amortisationsrate	498,149 =	
Der Bestand des Amortisationsfonds beträgt nun	7,485,089 Thlr.	
Hiervon werden jährlich Zinsen		
disponibel	299,403 Thlr.	
Dazu tritt die jährliche Amorti-		
tionsrate mit	498,149 =	797,552 Thlr.
Die Tilgung muß, da nur noch		
28 solcher Amortisations-		
raten bevorstehen, mittelst		
28 Jahresraten erfolgen,		
wozu jährlich erforderlich .	711,650 Thlr.	
Als jährlicher Ueberschuß ver-		
bleibt also zu Provinzial-		
zwecken	85,902 =	797,552 Thlr.

Dieselben Zahlen, stereotyp wiederkehrend, beweisen also die Beendigung der Tilgung mit dem 40. Jahre, d. h. 10 Jahre früher, als in B. und 6 Jahre früher als in A. Ebenso viel beschleunigter geht die Verminderung desjenigen Grundsteuerbetrages vor sich, der außer der Amortisationsrate zur Verzinsung der ungetilgten Schuld

diente. Da die Tilgung jedesmal um $\frac{1}{28}$ fortschreitet, wird also von diesem Betrage im 26. Jahre nur noch die Hälfte, im 40. Jahre das letzte 28stel erforderlich, so daß die ganze Ablösung mit diesem Jahre beendigt ist.

Unter der obigen Voraussetzung, daß von den

überhaupt zu 19,925,900 Thlr.

ausgefertigten Rententiteln der Staat

16,000,000 Thlr. erhält, der Provinz der

Rest als Stammfonds mit 3,925,900 Thlr.

belassen wird, disponirt diese von Anfang

an über jährliche Zinsen 137,406 =

Dazu vom 12. Jahre an über den jährlichen

Ueberschuß von 85,902 =

Im Ganzen werden also zu Gunsten der Pro-

vinz während der Ablösungsdauer nach und

nach aufgewendet 7,901,496 =

also beträchtlich weniger wie in A. und B.,

aber in kürzerer Zeit; dagegen verbleibt

der Provinz ein größerer Fonds, nämlich 11,410,989 =

Die erforderlichen Gesamtzahlungen seitens der

Ablösenden betragen aber hier auch nur . 38,058,516 =

d. h. $3\frac{1}{4}$ Millionen weniger als in A.

und $6\frac{1}{2}$ Millionen weniger als in B.

D. Plan

zu 20facher Ablösung mittelst 3½prozentiger Rententitel.

(Entspricht einer 42fachen Ablösung.)

Die Grundsteuereinheit beträgt 1,195,555 Thlr.

Der 20fache Betrag an Rententiteln wird aus=
gefertigt mit 23,911,100 Thlr.

Wenn, wie in C., der Staat
abgefunden wird mit 16
Mill. Thlr., bleiben zum
Stammfonds für die Pro=
vinz . . 7,911,100 Thlr. 23,911,100 =

Zur Verzinsung der ganzen
Schuld sind jährlich er=
forderlich 836,888 =

Daher beträgt die Amortisa=
tionsrate nur 358,667 = 1,195,555 Thlr.

Diese 1. Amortisationsrate bildet den Anfang des Fonds, also
zu Anfang des 2. Jahres vorhanden 358,667 Thlr.
Zinsen 14,346 =
Amortisationsrate 358,667 =

zu Anfang des 3. Jahres vorhanden 731,680 Thlr.
Zinsen 29,267 =
Amortisationsrate 358,667 =

zu Anfang des 4. Jahres vorhanden 1,119,614 Thlr.
Zinsen 44,784 =
Amortisationsrate 358,667 =

zu Anfang des 5. Jahres vorhanden 1,523,065 Thlr.
Zinsen 60,922 =
Amortisationsrate 358,667 =

zu Anfang des 6. Jahres vorhanden 1,942,654 Thlr.
Zinsen 77,706 =
Amortisationsrate 358,667 =

zu Anfang des 7. Jahres vorhanden 2,379,027 Thlr.
Zinsen 95,161 =
Amortisationsrate 358,667 =

zu Anfang des 8. Jahres vorhanden	2,832,855 Thlr.
Zinsen	113,314 =
Amortisationsrate	358,667 =
zu Anfang des 9. Jahres vorhanden	3,304,836 Thlr.
Zinsen	132,193 =
Amortisationsrate	358,667 =
zu Anfang des 10. Jahres vorhanden	3,795,696 Thlr.
Zinsen	151,827 =
Amortisationsrate	358,667 =
zu Anfang des 11. Jahres vorhanden	4,306,190 Thlr.
Zinsen	172,247 =
Amortisationsrate	358,667 =
zu Anfang des 12. Jahres vorhanden	4,837,104 Thlr.
Zinsen	193,484 =
Amortisationsrate	358,667 =

Der Bestand des Amortisationsfonds beträgt nun 5,389,255 Thlr.

Da nun die jährlich einkommende Amortisationsrate nur $1\frac{1}{2}$ Prozent der Gesamtschuld entspricht, würden zur völligen Tilgung $66\frac{2}{3}$ solcher Raten gehören. Zwölf sind davon schon eingezahlt, also nur noch $54\frac{2}{3}$ zu erwarten. Nach Analogie der vorhergehenden Pläne würden also von nun ab jährlich $\frac{3}{164}$ der Schuld getilgt werden müssen, wozu jährlich erforderlich wären: 437,398 Thlr.

Die Zinsen des Amortisationsfonds
betragen jährlich 215,570 Thlr.

Dazu tritt die jährliche Amortisa-
tionsrate mit 388,667 = 604,237 Thlr.

Die jährliche Tilgungsrate erfor-
dert nur 437,398 Thlr.

mithin bliebe ein zu Pro-
vinzialzwecken verwendbarer

Ueberschuß 166,839 = 604,237 Thlr.

Diesem Modus stehen die Bedenken entgegen, daß

- 1) bei der unabsehbaren Tilgungsdauer das Papier an Werth einbüßt,

- 2) der Staat aus demselben Grunde die Vaarcinföfung nicht abwarten kann,
- 3) die Entlastung der Steuerzahler illusorisch wird, da die Verminderung langsam und kaum fühlbar wird, und
- 4) die Gesamtsumme dessen, was sie nach und nach aufzubringen haben, noch einer pr. pr. 46fachen ganzen Grundsteuer oder circa 55 Millionen gleichkommt.

Dem gegenüber wird nur der Vortheil erreicht, daß der Provinzialfonds größer und wirksamer wird. Dieser Vortheil bleibt aber constant, auch wenn die Tilgung dadurch beschleunigt würde, daß die ganze Grundsteuer ungeschmälert fortentrichtet und dann plötzlich ganz aufhören würde. Wenn indeß daran festgehalten wird, daß ein Ueberschuß für Provinzialzwecke in Ansatz zu bringen sei, der neben den Stammfondszinsen die Höhe in A. und B. ungefähr erreicht, so ist auch daraus nur eine Verringerung der Kosten um 4 Grundsteuerbeträge zu ermöglichen. Demnach würde immer noch 42 Jahre lang die volle Grundsteuer zu entrichten sein und die Gesamtsumme der Steuerzahlungen noch circa 50 Millionen betragen.

Dann aber läßt sich der Verlauf bei einer stets gleichen Jahreseinnahme von 1,195,555 Thlr. Grundsteuer und 215,570 Thlr. Stammfondszinsen, zusammen also 1,411,125 Thlr. ungefähr folgendermaßen calculiren:

13. Plan-Jahr. Schuldbestand: 23,911,100 Thlr.

a. Rentenzinsen	836,888 Thlr.	
b. Tilgung	500,000	=
c. für den Provinzialfonds	74,237	= 1,411,125 Thlr.

14. Plan-Jahr. Schuldbestand: 23,411,100 Thlr.

a. Rentenzinsen	819,388 Thlr.	
b. Tilgung	500,000	=
c. für den Provinzialfonds	91,737	= 1,411,125 Thlr.

15. Plan-Jahr. Schuldbestand: 22,911,100 Thlr.

a. Rentenzinsen	801,888 Thlr.	
b. Tilgung	500,000	=
c. für den Provinzialfonds	109,237	= 1,411,125 Thlr.

16. Plan-Jahr. Schuldbestand: 22,411,100 Thlr.

- a. Rentenzinsen 784,388 Thlr.
- b. Tilgung 520,000 =
- c. für den Provinzialfonds 106,737 = 1,411,125 Thlr.

17. Plan-Jahr. Schuldbestand: 21,891,100 Thlr.

- a. Rentenzinsen 766,188 Thlr.
- b. Tilgung 531,100 =
- c. für den Provinzialfonds 113,837 = 1,411,125 Thlr.

18. Plan-Jahr. Schuldbestand: 21,360,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 747,603 Thlr.
- b. Tilgung 550,000 =
- c. für den Provinzialfonds 113,522 = 1,411,125 Thlr.

19. Plan-Jahr. Schuldbestand: 20,810,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 728,353 Thlr.
- b. Tilgung 575,000 =
- c. für den Provinzialfonds 107,772 = 1,411,125 Thlr.

20. Plan-Jahr. Schuldbestand: 20,235,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 708,225 Thlr.
- b. Tilgung 595,000 =
- c. für den Provinzialfonds 107,900 = 1,411,125 Thlr.

21. Plan-Jahr. Schuldbestand: 19,640,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 687,400 Thlr.
- b. Tilgung 620,000 =
- c. für den Provinzialfonds 103,725 = 1,411,125 Thlr.

22. Plan-Jahr. Schuldbestand: 19,020,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 665,700 Thlr.
- b. Tilgung 640,000 =
- c. für den Provinzialfonds 105,425 = 1,411,125 Thlr.

23. Plan-Jahr. Schuldbestand: 18,380,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 643,300 Thlr.
- b. Tilgung 660,000 =
- c. für den Provinzialfonds 107,825 = 1,411,125 Thlr.

24. Plan-Jahr. Schuldbestand: 17,720,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 620,000 Thlr.
- b. Tilgung 685,000 =
- c. für den Provinzialfonds 105,925 = 1,411,125 Thlr.

25. Plan-Jahr. Schuldbestand: 17,035,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 596,325 Thlr.
- b. Tilgung 707,000 =
- c. für den Provinzialfonds 107,800 = 1,411,125 Thlr.

26. Plan-Jahr. Schuldbestand: 16,328,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 571,500 Thlr.
- b. Tilgung 730,000 =
- c. für den Provinzialfonds 109,545 = 1,411,125 Thlr.

27. Plan-Jahr. Schuldbestand: 15,598,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 546,030 Thlr.
- b. Tilgung 758,000 =
- c. für den Provinzialfonds 107,095 = 1,411,125 Thlr.

28. Plan-Jahr. Schuldbestand: 14,840,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 519,500 Thlr.
- b. Tilgung 784,500 =
- c. für den Provinzialfonds 107,125 = 1,411,125 Thlr.

29. Plan-Jahr. Schuldbestand: 14,055,500 Thlr.

- a. Rentenzinsen 492,043 Thlr.
- b. Tilgung 812,500 =
- c. für den Provinzialfonds 106,582 = 1,411,125 Thlr.

30. Plan-Jahr. Schuldbestand: 13,243,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 463,623 Thlr.
- b. Tilgung 840,000 =
- c. für den Provinzialfonds 107,502 = 1,411,125 Thlr.

31. Plan-Jahr. Schuldbestand: 12,403,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 434,223 Thlr.
- b. Tilgung 870,000 =
- c. für den Provinzialfonds 106,902 = 1,411,125 Thlr.

32. Plan-Jahr. Schuldbestand: 11,533,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 403,773 Thlr.
- b. Tilgung 900,000 =
- c. für den Provinzialfonds 107,352 = 1,411,125 Thlr.

33. Plan-Jahr. Schuldbestand: 10,633,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen 372,273 Thlr.
- b. Tilgung 933,000 =
- c. für den Provinzialfonds 105,852 = 1,411,125 Thlr.

34. Plan-Jahr. Schuldbestand: 9,700,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen . . . 339,618 Thlr.
- b. Tilgung 965,000 =
- c. f. den Provinzialfonds 106,507 = 1,411,125 Thlr.

35. Plan-Jahr. Schuldbestand: 8,735,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen . . . 305,843 Thlr.
- b. Tilgung 998,000 =
- c. f. den Provinzialfonds 107,282 = 1,411,125 Thlr.

36. Plan-Jahr. Schuldbestand: 7,737,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen . . . 270,795 Thlr.
- b. Tilgung 1,033,000 =
- c. f. den Provinzialfonds 107,330 = 1,411,125 Thlr.

37. Plan-Jahr. Schuldbestand: 6,704,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen . . . 234,640 Thlr.
- b. Tilgung 1,070,000 =
- c. f. den Provinzialfonds 106,485 = 1,411,125 Thlr.

38. Plan-Jahr. Schuldbestand: 5,634,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen . . . 197,190 Thlr.
- b. Tilgung 1,107,000 =
- c. f. den Provinzialfonds 106,935 = 1,411,125 Thlr.

39. Plan-Jahr. Schuldbestand: 4,527,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen . . . 158,445 Thlr.
- b. Tilgung 1,145,000 =
- c. f. den Provinzialfonds 107,680 = 1,411,125 Thlr.

40. Plan-Jahr. Schuldbestand: 3,382,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen . . . 118,370 Thlr.
- b. Tilgung 1,185,000 =
- c. f. den Provinzialfonds 107,755 = 1,411,125 Thlr.

41. Plan-Jahr. Schuldbestand: 2,197,000 Thlr.

- a. Rentenzinsen . . . 76,895 Thlr.
- b. Tilgung 1,227,000 =
- c. f. den Provinzialfonds 107,230 = 1,411,125 Thlr.

42. Plan-Jahr. Schuldbestand: 970,000 Thlr.

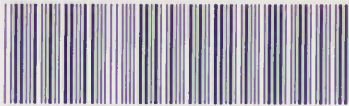
- a. Rentenzinsen . . . 33,950 Thlr.
- b. Tilgung 970,000 =
- c. f. den Provinzialfonds 407,175 = 1,411,125 Thlr.

Vergleichende Uebersicht der Ablösungs-pläne:

	A.	B.	C.	D.
	15	16 2/3	16 2/3	20
1. Die Steuer wird abgelöst mit dem wiewieftachen Betrage: . . .	17,933,300	19,925,900	19,925,900	23,911,100
2. Dazu ist erforderlich ein Stenbetrag in Staats-Grundrenten- Briefen von: . . .	4 1/2	4	3 1/2	3 1/2
3. Diefelben werden jährlich vergütet zu: . . .	46	50	40	(66 2/3 - 42 - 46)
4. Die Tilgung ist vollendet in . . . Jahren: . . .	41,276,530	44,633,066	38,035,156	50,213,310
5. Nachdenn dieses Zeitraum bringen die Steuerzahler baar auf: . . .	897,316	892,681	951,713	1,185,555
6. Im Durchschnitt auf jedes Jahr der Ablösungsperiode: . . .	3,933,300	3,925,900	3,925,900	7,911,100
7. Die Provinz erhält einen Stamms-provinzialfonds in Stententein: . . .	176,998	157,036	137,406	276,588
8. Die Provinz kann davon jährliche Zinsen, vom 1. Jahre an, verwenden: . . .	131,493	113,741	85,902	103—113,000
9. Vom 13. Jahre an werden jährliche Ueberschüsse für provinzial- zwecke disponibel: . . .	12,612,670	12,835,922	7,901,496	14,569,296
10. Der gesammte Aufwand für provinzialzwecke beträgt während der Ablösung: . . .	6,005,615	5,988,062	7,155,089	5,359,225
11. Der Amortisationsfonds sammelt sich an auf: . . .	9,941,915	9,913,962	11,410,989	13,300,325
12. Der ganze Provinzialfonds beträgt nach Beendigung der Til- gung baar: . . .	14,010,000	16,000,000	16,000,000	16,000,000
13. Die Staatsabfindung beträgt an Stenwerth in Stententein: . . .	630,000	610,000	560,000	560,000
14. Davon kommen ein jährliche Zinsen (von allen 11 Provinzen also baar 11 fache!) . . .	5,341,779	5,231,779	6,111,779	6,111,779
15. Der anfängliche Maximalausfall gegen die Steneinnahme aus der Steuer beträgt: . . .	13,720,000	14,400,000	12,150,000	12,000,000
16. Die Staatsabfindung repräsentirt einen Verkaufswert per Provinz: . . .	98	90	78	75
17. Zum Goutte von . . . berechnet	150,920,000	158,400,000	137,250,000	132,000,000
18. Von allen Provinzen gesammten erhält der Staat, falls er die Stententeil verkauft: . . .	154,010,000	176,000,000	176,000,000	176,000,000
19. Falls er die Staatsabfindung für die ganze Abfindungssumme ab- wartet, erhält er: . . .	14,601,053	12,895,922	17,116,483	20,397,014
20. Binnen 50 Jahren werden für provinzialzwecke angewendet: . . .				

Schnellpressendruck von Hermann Ender in Rothenburg O./G.

Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften



206\$08408718